

Friederike Boll und Anne Neuendorf

Studium als Humankapitalinvestition

In den letzten Wochen erlangte, trotz übermächtiger Präsenz der Fußball-WM, eine neue Protestbewegung aus den Hochschulen öffentliche Aufmerksamkeit. Vorausgegangen war die seit Jahren rumorende Auseinandersetzung über die Einführung von Studiengebühren sowie andere Formen der Privatisierung des Bildungssektors.

So genannte Langzeitstudiengebühren von mehreren hundert Euro gibt es bereits in nahezu jedem Bundesland; lediglich Berlin, Sachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern erheben bisher keine. Darüber hinaus hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2005 auch die Einführung allgemeiner Studiengebühren möglich gemacht: Nachdem die frühere Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn ein bundesweites Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz verankern ließ, entschied das Bundesverfassungsgericht Ende des vergangenen Jahres, die Entscheidung darüber obliege allein den Ländern. Inzwischen haben sechs Bundesländer ihre Einführung beschlossen; in vier weiteren sind entsprechende Gesetzesvorhaben auf dem Weg. Selbst der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, der lange versprach, auf Studiengebühren verzichten zu wollen, hat jetzt angekündigt, Studierende, die nicht aus dem Bundesland kommen, zur Kasse zu bitten.

Bereits zum Wintersemester 2006 müssen Studienanfänger in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bis zu 500 Euro pro Semester zahlen, ab dem kommenden Sommersemester gilt die Gebühr für alle Studierenden. In Hessen – wo es noch Auseinandersetzungen

um die Verfassungsmäßigkeit der Gebühren gibt, da die hessische Landesverfassung festschreibt, in allen öffentlichen Hochschulen sei „der Unterricht unentgeltlich“ – sollen ab Ende 2007 jeweils 500 Euro fällig werden; Studierende aus Nicht-EU-Staaten, Masterstudenten und Doktoranden werden 1500 Euro pro Semester zahlen müssen. Mehr als zwei Drittel der Studierenden in der Bundesrepublik werden somit ab Ende 2007 Studiengebühren bezahlen.

Die Einführung von Studiengebühren wird damit begründet, dass die Hochschulen dringend zusätzliche Mittel benötigten, um ihren Aufgaben nachkommen, eine bessere Ausstattung bieten und im internationalen Wettbewerb um die „besten Köpfe“ bestehen zu können. Kein Wort davon, dass die in der Tat bestehenden Mängel – chronisch überfüllte Vorlesungssäle und Seminarräume, schlechte Betreuung der Studierenden, marode Bausubstanz – erst durch die sukzessive finanzielle Austrocknung der Hochschulen zustande gekommen sind, während zugleich für einige wenige „Eliteuniversitäten“ Milliardenprogramme beschlossen werden.

So haben sich die politisch Verantwortlichen unisono den Umbau der Universitäten und Fachhochschulen zu „standortgerechten Dienstleistungshochschulen“¹ auf die Fahnen geschrieben. Die Umstrukturierungen werden von Interessengruppen wie der Bertelsmann Stiftung massiv gefördert. Aber auch die Hochschulen scheinen sich in ihrem Bestreben, im weltweiten

1 Torsten Bultmann, Die standortgerechte Dienstleistungshochschule, in: „Prokla“ 3/1996, S. 329-355.

Kampf um Forschungsaufträge und Elititel bestehen zu können, diesen Vorhaben anzuschließen. Das nimmt nicht wunder, haben sie sich auf der Jagd nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten doch bereits seit Jahren in immer stärkere Abhängigkeit von der Wirtschaftlichkeit – und damit auch von der Wirtschaft – begeben. „Effizienzsteigerung“ lautet deshalb das Mantra der „Reform“.²

Der neoliberale Umbau der Hochschulen

Doch nicht nur die meisten Universitäten, auch viele Studierende haben den Ruf nach der unumgänglichen individuellen Investition – eben auch in Form von Gebühren – in das eigene Humankapital internalisiert, so dass Widerstand oft als nicht sinnvoll wahrgenommen wird. Stattdessen konzentriert man sich lieber auf das eigene Durchkommen in den neuen, vermeintlich alternativlosen Rahmenbedingungen.

Die Privatisierung von Bildung bewirkt auf diese Weise ein Umdenken und eine Veränderung des konkreten Studierverhaltens. Es ist deshalb zu erwarten, dass mittelfristig auch die Ausrichtung der konkreten Studieninhalte auf eine reine Verwertungslogik, die sich bereits in der Umstellung der Diplom- und Magister- auf Bachelor- und Master-Studiengänge ankündigt, noch zunehmen wird. Bereits festzustellen ist eine wachsende Verschulung der studentischen „Ausbildung“; von selbstbestimmter Auswahl der Studieninhalte und Vermittlung kritischer Reflexionsfähigkeit entfernt man sich im Zuge der „Bachelorisierung“ und der damit verbundenen Einführung von kleinteilig vorgeschriebenen Modulen, die in einer bestimmten Reihenfolge absolviert werden müssen, zusehends.

Die Auslegung von Bildung als individuell verantwortete „Humaninvestition“ steht in engem Zusammenhang mit der Individualisierung von Lebensrisiken, die mit einer erschreckenden Vehemenz auch bei anderen öffentlichen Institutionen und Aufgaben voranschreitet. Insofern ist der Umbau der Hochschulen Teil des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft insgesamt.

Von der Einführung von Studiengebühren sind an den Hochschulen Studierende aus den unteren sozialen Schichten besonders betroffen. Bereits die Langzeitstudiengebühren belasten sie stärker als Studierende „aus besserem Hause“, da sie aufgrund zeitlich und finanziell begrenzter BAföG-Förderung und damit verstärkter Selbstfinanzierung eine durchschnittlich längere Studiendauer benötigen.³ Bei der Einführung weiterer Studiengebühren ist daher eine Zunahme der sozialen Selektion vorherbestimmt. Zwar sehen alle Gebührengesetze vor, dass Ausnahmen für bestimmte Studierende – beispielsweise Eltern von kleinen Kindern – bestehen und preiswerte Kreditangebote verhindern sollen, dass Menschen vom Studium abgehalten werden. Doch wird allein der drohende Schuldenberg, den Studierende aus finanziell gut ausgestatteten Haushalten gar nicht zu fürchten brauchen, abschreckende Wirkung entfalten. Die gesellschaftliche Reproduktion des bestehenden sozialen Gefüges, bzw. gar die Zunahme der sozialen Polarisierung, wird somit festgeschrieben – obwohl die Bundesrepublik gerade mit Blick auf die Chancengleichheit, wie die international vergleichenden Studien gezeigt haben, erhebliche Defizite aufweist.⁴

Angesichts solch massiver Angriffe auf die Bildung formiert sich nun Widerstand, der auch zu radikaleren

2 Vgl. Thomas Barth und Oliver Schöller, Der Lockruf der Stifter. Bertelsmann und die Privatisierung der Bildungspolitik, in: „Blätter“ 11/2005, S. 1339-1348.

3 Vgl. Deutsches Studentenwerk, 17. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks, 2004, S. 264 f.

4 Vgl. Annett Mängel, Erben statt Erwerben, in: „Blätter“ 4/2006, S. 392-395.

Protestformen greift. Neben Aktionen in den Universitäten war dabei das Bemühen erkennbar, den Protest beispielsweise durch Autobahn- und Bahnhofsblokkaden aus den Hochschulen öffentlichkeitswirksam in die Gesellschaft zu tragen.

Ein Novum ist, dass sich beispielsweise in Hessen erstmalig die politischen Jugendverbände – unterstützt von Landesschülervertretung und Gewerkschaften – gemeinsam gegen Studiengebühren ausgesprochen haben. Daneben kündigen dort die SPD- und Grünen-Landtagsfraktionen eine Verfassungsklage an, und ein von unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen getragenes Volksbegehren ist in Vorbereitung.

Auch wenn insbesondere die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sehr erfreulich funktioniert – so traten Studierende auf mehreren Betriebsversammlungen auf – bleibt dennoch festzustellen, dass eine breite Gegenbewegung kaum in Sicht ist. Gerade im Vergleich zu den Protesten 1997 gegen die Einführung inneruniversitärer Zugangsbeschränkungen (Numerus clausus und Auswahlverfahren der einzelnen Hochschulen) haben sich die Protestformen zwar radikalisiert und verstärkt nach außen gewandt, doch die Beteiligung ist von den Hunderttausenden, die damals bei bundesweiten Aktionstagen auf der Straße waren, weit entfernt.

Hierfür gibt es mehrere Gründe. Mittlerweile gehen nahezu zwei Drittel neben ihrem Studium einer Lohnarbeit nach, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Gleichzeitig erhalten nur 23 Prozent aller Studierenden BaföG.⁵ Der Blick nach Österreich, hier wurden 2001 allgemeine Studiengebühren eingeführt, lässt vermuten, dass sich der Anteil erwerbstätiger Studentinnen und Studenten durch die Gebühren weiter erhöhen wird.

Neben dem sozialen verschärft sich darüber hinaus auch der universitätsinterne Druck. Durch die Modularisierung und Verschulung der Studiengänge, vereinfachte Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der Regelstudienzeit sowie Studiengebühren wird schnelles Studieren zur fast unausweichlichen Maxime; für politisches Engagement und damit auch Protest bleibt entsprechend weniger Raum.⁶ Sicher spielen für eine Reihe von Studierenden auch Desinteresse und Bequemlichkeit eine Rolle.

Aber auch dort, wo Widerstand geleistet wird, sind die Proteste überwiegend eher symbolischer Natur als selbstbewusst auf das Ziel ausgerichtet, die politischen Vorhaben tatsächlich zu verhindern. Das Misstrauen selbst vieler Protestierender gegenüber den Erfolgsaussichten gesellschaftlichen Engagements steckt tief, insbesondere vor dem Hintergrund der Hartz-IV-Proteste vom Sommer 2004. Damals gingen im ganzen Land Hunderttausende auf die Straße – und dennoch zeigten sich die politischen Verantwortlichen weitgehend unbeeindruckt, vielmehr wurden die Gesetze seitdem sogar verschärft.

Die Proteste können und müssen in Hinsicht auf ihre Ziele und ihr Selbstverständnis weiterentwickelt werden, um nachhaltige Wirkung zu entfalten. Im Grunde geht es darum bewusst zu machen, dass man nicht lediglich gegen das Zahlen von einigen hundert Euro kämpft, sondern für die Erhaltung – und den perspektivischen Ausbau – von Hochschulen als einem Ort der Gesellschaftskritik und als Teil einer demokratischen und solidarischen Gemeinschaft. Dazu ist allerdings eine noch stärkere und tiefer greifende Verbindung mit anderen Gesellschaftsgruppen – über die punktuelle Zusammenarbeit mit Schülern und den Gewerkschaften hinaus – vonnöten.

6 Vgl. Wolf-Dieter Narr, Wider die reduktionistische Gleichschaltung der Hochschulen, in: „Blätter“ 2/2004, S. 192-198.

5 Deutsches Studentenwerk, a.a.O., S. 230.